

## **Regierungsrat**

Rathaus  
Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
so.ch

Eidgenössisches Departement des  
Innern EDI  
Bundesamt für Gesundheit BAG  
Abteilung Übertragbare Krankheiten  
Schwarzenburgstrasse 157  
3003 Bern

18. März 2024

### **Teilrevision des Epidemiengesetzes; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Teilrevision des Epidemiengesetzes vom 28. September 2012 (EpG; SR 818.101) und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Insgesamt begrüssen wir die durchdachte und umfassende Revision des EpG. Sie umfasst gleichermassen gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale Aspekte, welche für die Krisenprävention und -bewältigung von zentraler Bedeutung sind. Die wichtigsten Erkenntnisse aus der COVID-19 Pandemie sind darin abgebildet. Prozesse, Instrumente und Zuständigkeiten sind in Hinblick auf eine Gesundheitskrise klarer umschrieben. Die Revisionsvorlage stellt eine zweckmässige rechtliche Basis für einen effektiven Umgang mit künftigen Epidemien bzw. Pandemien dar.

Mit dieser Revision wird dem Bundesrat die Leadfunktion in der besonderen Lage klarer zugeschrieben. Wir erwarten, dass der Bundesrat während Krisenzeiten die strategische Gesamtführung entsprechend deutlicher übernimmt und erachten es als essenziell, dass die Kantone weiterhin adäquat und möglichst frühzeitig in Entscheidungen miteinbezogen und vorab konsultiert werden.

Im Rahmen der Digitalisierung im Gesundheitssystem spielt auch die Überarbeitung der nationalen Meldeplattform für übertragbare Krankheiten eine wichtige Rolle. Sie ebnet den Weg für ein schweizweit einsetzbares einheitliches Tool, welches auch in Krisenzeiten als Contact Tracing-Plattform dienen kann. Es wäre wünschenswert, wenn künftig auch das Impfmonitoring vereinheitlicht und verbessert wird.

Wir begrüssen zudem ausdrücklich die Bestrebungen des Bundes, die Finanzierung von Tests, Impfungen und von wichtigen medizinischen Gütern, wie insbesondere Arzneimittel, für Krisensituationen zu definieren und erachten dies als wesentlichen Beitrag zur Gewährleistung der Planungssicherheit und Effizienz während einer Krise.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung der geäußerten Anliegen und verweisen auf das diesem Schreiben beigelegte Antwortformular (mit Detailausführungen zu den einzelnen Artikeln) sowie auf die Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK).

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.  
Peter Hodel  
Landammann

sig.  
Andreas Eng  
Staatsschreiber

Beilage:      Formular zur Stellungnahme